

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Ingressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 26. Mai 1988

Blatt 1006

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Hofmann: Initiative zur Reform von Landtag und Gemeinderat (1011/1012)

Kommunal/Lokal:

Übersiedlung des Augustinermarkts beginnt (1008)

Umweltdiplom für „Müll-Theaterstück“ (1009)

Institut für Ehe- und Familientherapie anerkannt (1010)

Wiener Konferenz „Gesundheit in Städten“ (1013-1017)

37 Millionen für Aufzugseinbauten (1019)

Zimmerbrand in Favoriten (nur FS)

Kultur:

St. Michael 1288-1988. Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre von Wien (1007/FS: 25.5.)

„Cats“ ab 15. Oktober im Ronacher (1007/FS: 25.5.)

Plakatpreis für Wiener Festwochen (1018)

Violinabend im Döblinger Bezirksmuseum (nur FS)

St. Michael 1288 – 1988. Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre von Wien

Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien

Wien, 25.5. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt bis 2. Oktober im Kolleg und der Kirche der Salvatorianer St. Michael eine Ausstellung, die sich mit der Baugeschichte, der liturgischen und kulturgeschichtlichen Bedeutung von Michaelerkirche- und Kolleg befaßt. Die Ausstellung ist Montag bis Samstag von 10 bis 17 Uhr, Sonn- und Feiertag von 13 bis 17 Uhr geöffnet. Der Eintritt beträgt 20 Schilling, ermäßigte Karten kosten 10 Schilling.

Anlaß zur Ausstellung ist die älteste erhaltene Urkunde im Archiv von St. Michael, ein Ablaßbrief aus dem Jahre 1288. Mit ihm sollte Geld für die beim großen Stadtbrand von 1276 zerstörte Kirche, namentlich für den Nikolausaltar, gesammelt werden. Seit frühester Zeit kann das Bestehen einer „Künstlerbruderschaft“ in St. Michael nachgewiesen werden, eine bis heute — nur zeitweise unterbrochene — gepflegte Tradition der Betreuung von Künstlern und Kunstausbübung durch die Pfarre von St. Michael. Der spätromanische Kirchenbau und die Pfarre wurden unter dem Babenberger Leopold VI. um 1220 errichtet, auf den Mauern eines Vorgängerbauwerks aus der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts, einer der größten Kirchen Wiens der damaligen Zeit. In der Ausstellung wird anhand von Plänen, Urkunden und Dokumenten die mehr als siebenhundertjährige Baugeschichte anschaulich illustriert. Das 1987 freigelegte spätromanische Querhausportal — ein zweites Tor dieser Zeit wird jetzt freigelegt — ist ebenso zugänglich wie die Begräbnisstätten adeliger Familien, bedeutender Wiener Bürger und Künstler, wie des berühmten Dichters Pietro Metastasio. Er wohnte im Großen Michaelerhaus, wo auch der junge Joseph Haydn lebte.

Der ansehnliche Kirchenschatz der ehemaligen k.k. Hofpfarrkirche an liturgischen Gewändern und Geräten wird zum ersten Mal fast zur Gänze präsentiert, ebenso die Gemäldegalerie und interessante Zeugnisse religiöser Volksfrömmigkeit. Im Zentrum der Ausstellung steht neben dem Architekturjuwel von Kirche und Kloster die Kunstausbübung in Vergangenheit, aber auch in Gegenwart — wie sie vor allem im Zusammenwirken von Künstlern und Künstlerpfarrer jährlich am „Aschermittwoch der Künstler“ ihren Ausdruck findet.

Die Ausstellung wird von einem umfangreichen Begleitprogramm ergänzt, das vor allem Konzerte, aber auch Vorträge und literarische Veranstaltungen beinhaltet. (Schluß) gab/bs

„Cats“ ab 15. Oktober im Ronacher

Wien, 25.5. (RK-KULTUR) Der Musical-Erfolg der Vereinigten Bühnen Wien, „Cats“, wird ab 15. Oktober im Ronacher weitergespielt. Die notwendigen Adaptierungsarbeiten dazu können nun — mit einstimmiger Genehmigung des Wiener Stadtsenates — in Angriff genommen werden. Rund zwei Drittel der Arbeiten stellen vorweggenommene Investitionen für den generellen Umbau des Gebäudes dar.

Im Ronacher, das rund 1.250 Plätze bietet, sind 270 Vorstellungen vorgesehen. Bei einer aufgrund der bisherigen Erfahrungen anzunehmenden Auslastung von 85 Prozent kann der Spielbetrieb kostendeckend durchgeführt werden. Die Preise werden — wie im Theater an der Wien — 90 bis 580 Schilling betragen. (Schluß) gab/gg

Bereits am 25. Mai 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Übersiedlung des Augustinermarkts beginnt

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Den Augustinermarkt gibt's bald in neuer Form: Der Markt im 3. Bezirk, der während des U-Bahn-Baus in provisorischen Holzbaracken bei der Rochuskirche untergebracht war, übersiedelt demnächst in die neuen Markthallen. Die Übersiedlung soll bis Mitte August abgeschlossen sein, ab 22. August steht den Landstraßer/innen ihr Augustinermarkt in neuen Marktständen, aber am alten Ort, wieder zur Verfügung.

Mit dem U-Bahn-Bau mußte auch der an der Landstraßer Hauptstraße in der Nähe der Rochuskirche gelegene Augustinermarkt umgesiedelt und in einem Provisorium untergebracht werden. Für den neuen alten Augustinermarkt wurden 30 Marktstände in neun Standgruppen, Diensträume für das Marktamt, ein Entsorgungsgebäude mit Müllpresse sowie eine öffentliche WC-Anlage mit Behinderten-WC errichtet. Die Fertigstellung der Marktstände und der Marktfläche ist für Ende Juli 1988 geplant, die Übersiedlung kann teilweise, da einzelne Stände ja frühervollendet sind, bereits im Juni erfolgen. In der zweiten Augushälfte gibt's den Augustinermarkt dann wieder am alten Ort vor der Post, und bis Mitte September werden auch die provisorischen Holzbaracken abgebrochen.

Autobusumleitung

Im Zusammenhang mit der Rückverlegung des Augustinermarkts gibt es auch eine Änderung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln: Ab Mittwoch, dem 1. Juni, Betriebsbeginn, werden die Busse der Linie „74 A“ in Fahrtrichtung Dr.-Karl-Lueger-Platz ab der Landstraßer Hauptstraße/Kundmann-gasse über die Kundmann-gasse und Marxergasse zum Oskar-Kokoschka-Platz abgelenkt geführt.

In Fahrtrichtung Dr.-Karl-Lueger-Platz werden für die Dauer der Umleitung die Haltestellen Rochusgasse, Sechskrügelgasse und Landstraße/Bahnhof Wien Mitte aufgelassen. Dafür werden auf der Umleitungsstrecke die Haltestellen der Linie „75 A“ eingehalten, in der Landstraßer Hauptstraße Nr. 63 vor der Kundmann-gasse wird eine provisorische Haltestelle errichtet. (Schluß) hrs/roh/bs

Umweltdiplom für „Müll-Theaterstück“

Wien, 26.5. (RK-LOKAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL verlieh am Mittwoch nachmittag der Klasse 3D der AHS Wenzgasse im 13. Bezirk ein Umweltdiplom. Die Schüler hatten im Rahmen eines Schulwettbewerbs ein Theaterstück mit dem Titel „Geisterstunde des Mülls“ geschrieben, in dem die diversen Abfallprodukte wie Aludosen und Milchpackerln personifiziert auftreten. Durch dieses Theaterstück waren die Schüler auf spielerischem Weg zu Überlegungen zur Müllproblematik gelangt. (Schluß) du/bs

Institut für Ehe- und Familientherapie anerkannt

Führendes Institut bei Entwicklung neuer Therapiekonzepte

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Als eines der führenden europäischen Institute für Ehe- und Familientherapie bezeichnete die wissenschaftliche Zeitschrift „Psychologie heute“ das Institut für Ehe- und Familientherapie der Stadt Wien. Neben dem gleichnamigen Institut in Heidelberg und dem Institut für Systemische Studien in Hamburg wird das Wiener Institut für Ehe- und Familientherapie in Wien als eine der führenden Einrichtungen bei der Entwicklung neuer systemischer Therapiekonzepte genannt. Das Institut für Ehe- und Familientherapie arbeitet eng mit dem Jugendamt der Stadt Wien zusammen.

Anmeldungen für eine Ehe- und Familientherapie werden im Institut, 2, Praterstraße 40/2/10 unter der Telefonnummer 24 74 33, über das Wiener Jugendamt oder die Ehe- und Familienberatungsstellen der Stadt Wien entgegengenommen. (Schluß) jel/bs

Hofmann: Initiative zur Reform von Landtag und Gemeinderat

Wien, 26.5. (RK-POLITIK) Die Sitzungen des Wiener Landtages und Gemeinderates sollen in Zukunft straffer und lebendiger werden. „Aktuelle Stunde“, Fragestunden mit mehr echter Diskussion, Fragerecht für Bundesräte im Landtag sowie verbindliche Redezeitbeschränkungen sind nur einige der Vorstellungen des neuen Landtagspräsidenten Ing. Fritz HOFMANN, der über diese Initiative am Donnerstag in einer Pressekonferenz berichtete. Hofmann schlug vor, in nächster Zeit Parteiengespräche über eine Änderung der Geschäftsordnung von Landtag und Gemeinderat aufzunehmen.

Im einzelnen stellt Hofmann folgende Neuerungen zur Diskussion:

- **Einführung einer „Aktuellen Stunde“:** Jede Fraktion soll das Recht haben, die Behandlung eines aktuellen Themas im Landtag oder Gemeinderat im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ auch ohne das Instrument der „Dringlichen Anfrage“ oder des „Dringlichen Antrags“ zu verlangen und durchzusetzen. Eine solche „Aktuelle Stunde“ könnte auch für jede Sitzung vereinbart werden.
- **Modifizierung der Fragestunde:** Derzeit kann der jeweilige Fragesteller zu jeder Anfrage zwei Zusatzfragen (die vorher nicht bekannt sind) stellen. Hofmann schlägt vor, daß die zweite Zusatzfrage von einem Abgeordneten einer anderen Fraktion gestellt werden kann, um eine lebendige und spontane Diskussion zu fördern.
- Die Wiener Bundesräte sollen in die Landtagssitzungen eingebunden werden und ein Fragerecht in der Fragestunde erhalten.
- **Verbindliche Redezeitbeschränkungen:** Derzeit gibt es fallweise mehr oder weniger unverbindliche Vereinbarungen der Klubs, aber keine Sanktionen für Redner, die sich nicht daran halten. Hofmann schlägt vor, daß in Zukunft verbindliche Limits für bestimmte Debatten festgelegt werden können. Diese Redezeitbeschränkung soll sowohl für die einzelnen Debattenbeiträge als auch als Gesamtredezeit für die einzelnen Fraktionen möglich sein.
- Zur Festlegung der „Aktuellen Stunde“, zur Reihung der Fragestunde und zur Festlegung der Redezeiten im Landtag sollte eine Präsidialkonferenz institutionalisiert werden.
- **Petitionen und Bürgerinitiativen:** Jeder Abgeordnete oder eine Bürgerinitiative mit einer bestimmten Mindestanzahl von Unterschriften (im Nationalrat stehen 500 zur Diskussion) sollen ein Petitionsrecht im Landtag erhalten. Die Behandlung der Anliegen soll in einem Ausschuß des Landtags erfolgen.
- Es ist derzeit juristisch nicht eindeutig geklärt, ob die Behandlung von Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung in der Fragestunde des Landtags zulässig ist. In Wien werden sie zwar schon jetzt als zulässig gehandhabt, doch wäre eine rechtlich einwandfreie Sicherung durch den Bundesverfassungsgesetzgeber wünschenswert.
- **Enquete-Recht:** Landtag und Gemeinderat sollen in Zukunft die Möglichkeit haben und nützen, Enqueten zu veranstalten. (Derzeit haben sie dieses Recht — im Gegensatz zum Nationalrat — nicht.)
- Zu diskutieren wäre schließlich auch, ob Landtags- und Gemeinderatsitzungen in Hinkunft nicht häufiger an verschiedenen Tagen stattfinden sollen (derzeit dauern die beiden Sitzungen am selben Tag oft bis in die späten Abend- oder Nachtstunden, sodaß den Medien eine Berichterstattung vielfach nicht möglich ist.)

Wahlreform im Kontakt mit den Ländern und Gemeinden!

Im Zusammenhang mit den auf Bundesebene angestellten Überlegungen zu einer Reform des Nationalratswahlrechts appellierte Hofmann an den Bundesgesetzgeber, vor allfälligen Beschlüssen das Einvernehmen mit den Ländern und Gemeinden zu suchen, da es demokratiepolitisch nicht sehr sinnvoll wäre, wenn bei Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeinde- bzw. Bezirksebene jeweils völlig andere Kriterien gelten. (Schluß) ger/gal

Forts. von Blatt 1011

Wiener Konferenz „Gesundheit in Städten“

Gespräche über Luftverschmutzung

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Der Kongreß „Gesundheit in Städten“ im Österreichischen Konferenzzentrum wurde Mittwoch Nachmittag fortgesetzt. Im ersten Arbeitskreis wurde das Thema „Lärm, Luftverschmutzung und Gesundheit“ beraten.

Dr. Bengt MOLLSTEDT, für Fragen der Luftverschmutzung zuständiger Chefarzt der schwedischen Stadt Göteborg, befaßte sich mit dem Zusammenhang zwischen Gesundheit und Luftverschmutzung. Er berichtete unter anderem über die Verkehrsberuhigung im Zentrum von Göteborg, die bereits 1970 durchgeführt wurde, und die begleitenden Verkehrsmaßnahmen sowie eine Verteuerung der Parkgebühren im innerstädtischen Bereich. Durch Ausbau der Fernwärmeversorgung und Einsatz umweltfreundlicher Energieformen, darunter auch Elektrizität, soll die Luftverschmutzung verringert werden.

Dieter GOTTLOB, wissenschaftlicher Direktor des Berliner Umweltbundesamtes, beleuchtete die Auswirkungen des Lärms auf die Gesundheit. Vom Straßenverkehr beispielsweise fühlt sich in der BRD jeder vierte Bürger belästigt, in größeren Städten sind es sogar 30 Prozent. Viele Gefahren durch Lärm sind bekannt, wie weit sich Schlafstörungen infolge Lärm langfristig auswirken, ist jedoch noch nicht erforscht. Auch Herz und Kreislauf werden durch den Lärm belastet. Im Rahmen von drei Forschungsprojekten des Umweltbundesamtes werden Maßnahmen zur Lärmbekämpfung modellhaft erarbeitet, die dann durch die Gemeinden umgesetzt werden sollen. Dazu gehören Lärminderungspläne, eine flächenhafte Verkehrsberuhigung und Lärmschutz in Kur- und Erholungsorten.

Untersuchungen über Zusammenhänge von Luftverunreinigungen, Atemwegserkrankungen und Sterblichkeit in Wien wurden vom Vorstand des Instituts für Umwelthygiene an der Universität Wien, Univ.-Prof. DDr. Manfred HAIDER, vorgelegt. Diese Studien wurden am Institut für Umwelthygiene und in Zusammenarbeit mit dem Institut für Virologie durchgeführt. Feststellbar ist ein Zusammenhang zwischen höheren Schwefeldioxidkonzentrationen in der Luft und Sterblichkeit. Die höchsten Mortalitätsraten wurden an Tagen mit epidemischer Grippe und hohem Schwefeldioxid-Gehalt in der Luft registriert. Die erfolgreiche Reduktion von Schwefeldioxid in der Wiener Luft hat es mit sich gebracht, daß seit 1983 keine erhöhte Sterblichkeit aufgrund von SO_2 in der Luft nachzuweisen ist.

Der Leiter des Wiener städtischen Instituts für Umweltmedizin, Dr. Reinhard LINDNER, stellte die Umweltmedizin in Wien vor. Er erklärte, nach seinen Erkundigungen im WHO-Büro gebe es auf dem ganzen Kontinent kein anderes Institut für Umweltmedizin als jenes in Wien. Daraus resultierten auch die Schwierigkeiten bei der Schaffung des Wiener Instituts, mit dem Wien einen Schritt in Richtung „Gesundheit in Städten“ setze. International seien keine anspruchsvollen Ausbildungskurse für Ausbilder in Umweltmedizin bekannt.

Claude LEROY aus St. Denis in Frankreich erstellte eine Analyse der Zusammenhänge von Gesundheit und Umwelteinflüssen in der Stadt. Ziel müsse es sein, sagte Leroy unter anderem, aus passiven Bewohnern verantwortungsbewußte Bürger zu machen. Daraus solle eine bessere und billigere Gesundheitsvorsorge resultieren.

Partizipation in der Gesundheitsförderung Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen und Initiativen

Der zweite Arbeitskreis beschäftigte sich Mittwoch nachmittag mit dem Thema „Partizipation und gemeinschaftliches Handeln“. Der Leiter der

Forts. von Blatt 1013

Abteilung „Arbeit — Gesundheit — Umwelt“ am Interuniversitären Forschungsinstitut für Fernstudien in Linz, Dr. Ralph GROSSMANN, referierte über „Partizipation — ein anspruchsvoller Organisationsprozeß“. Der Redner bezeichnete das Verhältnis zwischen Selbsthilfegruppen und Initiativen einerseits und den etablierten Organisationen der Gesundheits- und Sozialverwaltungen andererseits als gesundheitspolitisch brisantes Thema im Zusammenhang mit der Partizipation in der Gesundheitsförderung.

Das Konzept der Gesundheitsförderung erfordere eine produktive Verbindung von Laienkompetenz und professioneller Arbeit. Denn die Selbsthilfegruppen und Initiativen erfüllen eine wichtige soziale und psychologische Funktion. Der Verlust von sozialen Beziehungen und sozialer Unterstützung, der Mangel an Kommunikation und die Isolation seien in vielen Fällen die Wurzel von Krankheiten und Beschwerden. Hier habe die gelungene Selbstorganisation, der Aufbau von stabilen Beziehungen, die Zuwendung, der Rückhalt in der Gruppe, das gemeinsame Tun bereits eine gesundheitsfördernde Funktion. Das gleiche gelte für den Umgang mit chronisch Kranken, die viel an sozialer Unterstützung und persönlichem Erfahrungswissen in der alltäglichen Lebensbewältigung brauchen. Dabei gehe es in der Gesundheitsförderung nicht um neue finanzielle Mittel, sondern um einen neuen Weg des Mitteleinsatzes. Auch die Gruppen und Initiativen brauchten nicht nur Geld, sondern vor allem qualifizierte Unterstützung in der Entwicklung ihrer eigenen Möglichkeiten.

Selbsthilfeförderung in München

Dr. Klaus HAHNZOG informierte die Tagungsteilnehmer über die „Selbsthilfeförderung in München“. Die Münchner Selbsthilfeförderung habe zwei Aspekte:

Zuschüsse erhalten Initiativen, deren Mitglieder sich gegenseitig helfen und unterstützen, aber auch Initiativen, die neue Wege im Bereich der sozialen Arbeit im weitesten Sinne beschreiten wollen.

In den Richtlinien für die Selbsthilfeförderung heiße es konkret: Selbsthilfeinitiativen sollen vor allem

- das Zusammenleben gesunder und kranker, behinderter und nicht behinderter Menschen fördern,
- zu mehr Miteinander von alten und jungen Menschen beitragen,
- das Zusammenleben mit den ausländischen Mitbürgern fördern,
- zur Überwindung von Vereinzelung im Stadtteil beitragen,
- die Lebensqualität im Stadtteil durch gemeinsames Tätigwerden und konkrete Aktivitäten erhöhen,
- sich im Bereich der Resozialisierung engagieren,
- zur physischen und psychischen Stabilisierung beitragen (Vor- und Nachsorge, Aktivierung von Patienten, chronisch Kranken und Behinderten) und
- das Gesundheitsbewußtsein fördern, vor allem in Beziehung auf die Gefährdungen aus der Umwelt.

Neben dieser unmittelbaren Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen durch Zuschüsse erfolge eine mittelbare Förderung durch die Einrichtung eines Selbsthilfezentrums. Es verfüge über drei Mitarbeiter/-innen, die die Bildung von Selbsthilfegruppen unterstützen, sie beraten und fördern sollen. Das Selbsthilfezentrum stelle aber auch Räume und technische Hilfsmittel für die Gruppen zur Verfügung. Es werde von einem Verein getragen, der sich aus Selbsthilfeinitiativen zusammensetzt.

Forts. auf Blatt 1015

Für die Förderung von Selbsthilfeinitiativen stehen im Haushalt 1988 3,5 Millionen DM zur Verfügung. Die Förderanträge werden vor der Entscheidung durch einen Selbsthilfebeirat begutachtet.

Dr. Hahnzog betonte, daß Selbsthilfeinitiativen in unserer Gesellschaft hochbewertete Aktivitäten, wie die Hilfe zur Selbsthilfe und solidarisches Handeln, ermöglichen. Selbsthilfeinitiativen seien, wie an konkreten Beispielen deutlich geworden sei, immer auch präventiv orientiert. Das klinge zunächst vielleicht paradox, wenn man an den Bereich der Selbsthilfegruppen von chronisch Kranken oder Behinderten denke. Aber gerade bei diesen Gruppen liege die Prävention darin, daß Isolierung und Depressionen verhindert werden, oder daß gelernt werde, mit der eigenen Situation besser zurecht zu kommen. Auch wenn sich die präventive Wirkung von Selbsthilfeinitiativen in ihrer Höhe nicht monetär erfassen lasse, könne man doch davon ausgehen, daß sie die sozialen Leitungs- und Sicherungssysteme entlastet.

Klaus-Peter STENDER von der Abteilung Gesundheitsplanung der Gesundheitsbehörde Hamburg, Referat Gesundheitsbildung, berichtete über die Selbsthilfeförderung im Gesundheitswesen der Hansestadt.

Beispielhafte AIDS-Gesetzgebung in Österreich

In Österreich gebe es eine beispielhafte AIDS-Gesetzgebung, und im Rahmen der österreichischen AIDS-Hilfe seien alle Voraussetzungen für eine effiziente Arbeit geschaffen worden. Das unterstrich der 2. Präsident und Geschäftsführer der Österreichischen AIDS-Hilfe, Dr. Reinhardt BRANDSTÄTTER in seinem Referat „Die Österreichische AIDS-Hilfe — ein Beispiel der problemadäquaten Neuorientierung im städtischen Gesundheitswesen“.

AIDS, das Syndrom erworbener Immunschwäche, sei erst seit Anfang der 80er Jahre bekannt. AIDS habe aber innerhalb kürzester Zeit große Bedeutung erlangt, und zwar einerseits für die Gesundheit der Bevölkerung, andererseits aber auch im Bewußtsein der Menschen als Bedrohung, die Angst erzeugt. Die neue Infektionskrankheit AIDS, die mit „Seuchen“ im klassischen Sinn nicht vergleichbar sei, erfordere auf Grund ihrer speziellen Übertragungswege und der Besonderheit ihres Verlaufs (Inkubationszeit von bis zu zehn Jahren und länger) neue Formen des professionellen Zugangs zu den betroffenen Menschen.

Im flächendeckenden landesweiten Netz der sieben Beratungsstellen der Österreichischen AIDS-Hilfe arbeiten rund 80 Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter in den Bereichen:

- Information und Aufklärung,
- anonyme telefonische und persönliche Beratung und Betreuung,
- psychosoziale Hilfe und
- anonyme und kostenlose HIV-Antikörpertestung.

Die Arbeit der Österreichischen AIDS-Hilfe orientiere sich an folgenden Grundsätzen:

- Freiwilligkeit und Anonymität der Beratung und Testung auf HIV-Antikörper. Die garantierte Anonymität sei meist ausschlaggebender Umstand für den Entschluß, das Angebot der Beratung und Testung in Anspruch zu nehmen;
- problemadäquate Konzeption, die auf die speziellen Übertragungswege von AIDS und die Eigendynamik der Hauptbetroffenengruppen (Homosexuelle, Fixer, Prostituierte) eingehe;
- einfache Zugänglichkeit zu den Einrichtungen der Österreichischen AIDS-Hilfe;
- Kontinuität der begleitenden Beratung und Betreuung und nicht zuletzt

Forts. von Blatt 1014

Forts. auf Blatt 1016

- Gesundheitserziehung aus emanzipatorischer Sicht im Sinne der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der gefährdeten und HIV-infizierten Personen.

Die Österreichische AIDS-Hilfe arbeite intensiv daran, den Ängsten der Menschen in Zusammenhang mit AIDS in geeigneter Form zu begegnen, sei es durch Medienarbeit, Vorträge oder individuelle Beratungsgespräche. Wie Dr. Brandstätter betonte, liege ein besonders wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit mit Angehörigen und Berufsgruppen, die mit AIDS-Kranken zu tun haben und für die tägliche Versorgung der Kranken von eminenter Bedeutung sind. Das Leben mit AIDS verlaufe ja nicht linear. Es wechseln akute Phasen, in denen die Patienten intensive Betreuung im Spital brauchen, mit Perioden, in denen sie relativ normal leben können, wenn das soziale Umfeld funktioniere. Vertrauensärzte und -ärztinnen, mobile Krankenschwestern, „Essen auf Rädern“ und Heimhilfe seien in den Phasen, in denen es den Patienten relativ gut geht, von großer Bedeutung für die an AIDS erkrankten Personen. Das heiße aber auch, daß alle Personen, die in diesen sozialen Dienstleistungsbereichen arbeiten, über AIDS ausreichend informiert sein müßten, um ihren wichtigen Aufgaben im sozialen Umfeld AIDS-Kranker angstfrei und einfühlsam nachkommen zu können. Die Österreichische AIDS-Hilfe habe also auch eine ganz wichtige Funktion in der Information und Unterstützung von öffentlichen sozialen Diensten.

Weniger Angst vor AIDS würde auch die Kosten der Betreuung AIDS-Kranker erheblich senken, da Krankenhausaufenthalte zum Teil durch funktionierende soziale Netzwerke und Selbst- und Nachbarschaftshilfe ersetzt werden könnten. Aus der Erfahrung wisse man, daß die Bereitschaft, Betroffenen zu helfen, bei Menschen, die gut informiert sind und keine irrationalen Ängste vor AIDS haben, groß sei.

Konferenz begrüßt Weltausstellung Wien - Budapest

Mittwoch mittag ging der Kongreß „Gesundheit in Städten“ zu Ende, der als gemeinsame Veranstaltung von Stadt Wien, Europarat und Weltgesundheitsorganisation abgehalten wurde. 400 Delegierte aus 24 Ländern und 111 Städten nahmen daran teil. Im Rahmen der von ihnen beschlossenen „Wiener Empfehlungen zur Gesundheit in Städten“ begrüßten sie das gemeinsame Bemühen von Wien und Budapest, 1995 die Weltausstellung zu veranstalten, und sprachen sich für ein Grundthema „Städtische Lebensqualität“ aus.

Ziele der nun abgeschlossenen internationalen Konferenz waren der Informations- und Erfahrungsaustausch über Fragen der städtischen Gesundheit, die Diskussion der engen Zusammenhänge zwischen Gesundheit und städtischer Umwelt sowie die Erarbeitung von Empfehlungen für Politiker und andere Entscheidungsträger auf kommunaler und regionaler Ebene. Die Konferenz bekannte sich zur Schaffung von physischen und sozialen Lebensumwelten, die es dem einzelnen und der Gemeinschaft ermöglichen, ein gesundes Leben zu führen.

Gesundheit müsse einen höheren Stellenwert in der politischen Tagesordnung einnehmen und bei allen Maßnahmen der Stadtplanung und Stadtentwicklung Berücksichtigung finden. Das gelte für die Lösung von Problemen beim Wohnbau, bei der Schaffung angemessener Wohnverhältnisse, bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes, bei Stadterhaltung und Stadterneuerung sowie in der kommunalen Verkehrs-, Sozial- und Kulturpolitik. Alle diese Aspekte sollten, so die Schlußempfehlungen der Konferenz, in einer einzigen kommunalen Gesamtstrategie zur Förderung der Gesundheit zusammengefaßt werden. Die Konferenz empfiehlt den Städten Europas die Umsetzung des „Gesunde-Städte-Programmes“ der Weltgesundheitsorganisation und dabei die Berücksichtigung des in der Europäischen Sozialcharta formulierten Grundsatzes des „Rechtes auf

Forts. von Blatt 1015

Forts. auf Blatt 1017

Schutz der Gesundheit“.

Die Strategie „Gesundheit für alle“ sollte nach Meinung der Delegierten unter anderem auch durch die Umschichtung von Ressourcen ermöglicht werden. Die Beteiligung der Bevölkerung soll sichergestellt werden. Der Natur- und Landschaftsgestaltung in der Stadt sollte nach Meinung der internationalen Experten mehr Augenmerk geschenkt werden.

Abschlußpressekonferenz

In einem Pressegespräch zum Abschluß des Kongresses zeigte sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER mit dem Ergebnis dieses internationalen Expertentreffens zufrieden. Er sagte, daß damit weitere Kontakte auf breiter Ebene initiiert wurden. Die Konferenz habe unter anderem gezeigt, daß die professionellen Mitarbeiter des Gesundheitswesens — Ärzte, Schwestern und Sozialarbeiter — allein nicht in der Lage sind, alle Bedürfnisse zu erfüllen. Den Selbsthilfegruppen komme deshalb eine entscheidende ergänzende Aufgabe zu. Die Dezentralisierung auch im Gesundheitswesen sei Voraussetzung für die Lösung von Problemen unter Mitwirkung der Bevölkerung. Am Rande der Konferenz fanden, so Stadtrat Stacher ergänzend, unter anderem auch weitere Expertenberatungen zwischen Vertretern von Wien, München, Hamburg und Zürich statt. Diese Städte haben ähnliche Probleme und Anliegen im Gesundheitswesen und wollen nach gemeinsamen Wegen zu deren Lösung suchen. (Schluß) sc/and/gg/bs

Forts. von Blatt 1016

Plakatpreis für Wiener Festwochen

Wien, 26.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch die Preise des vom Kulturamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Gewista durchgeführten Plakatwettbewerbes 1987. Der Preis der Gewista ging für das Plakat „WILLIAM ON TOUR“ an die Wiener Festwochen, der Preis des Kulturamtes an die Gesellschaft für österreichische Kunst im Museum für angewandte Kunst für das Ausstellungsplakat „JOSEF HOFFMANN“. Beide Preise sind mit 20.000 Schilling dotiert. Als bestes Plakat für die Gestaltung von Ganzsäulen wurde „150 JAHRE OTTAKRINGER BRAUEREI OTTAKRINGER HELLES BIER“ ausgezeichnet. Außerdem gab es Auszeichnungen für eine Reihe weiterer Plakate, darunter die vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien in Auftrag gegebene Serie „WIEN IST ... ANDERS“. (Schluß) gab/gg

37 Millionen Schilling für Aufzugseinbauten

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Einen Betrag von 37,3 Millionen Schilling genehmigte Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung für nachträgliche Aufzugseinbauten in Gemeindefohnhäusern.

Weiters wurde ein Betrag von 52,4 Millionen Schilling für umfassende Verbesserungsmaßnahmen der städtischen Wohnhausanlage 4, Waltergasse 5 genehmigt. An dem Gemeindefohnhaus, das in den Nachkriegsjahren errichtet wurde und 356 Wohnungen umfaßt, werden die Fassade, die Fenster, die Elektroleitungen und die Stiegenhausmalerei erneuert. Der Großteil der Arbeiten wird noch heuer erfolgen. (Schluß) ah/bs